

Stigmatisierung jugendlicher Straftäter*innen

Stigmatisierungen im Zusammenhang mit einer Straftat im jungen Alter können sich stark auf die Identität auswirken.

Text: Dirk Baier, Leiter des Instituts Delinquenz und Kriminalprävention an der ZHAW Soziale Arbeit

Im Jahr 2018 wurden in der Schweiz 8553 Minderjährige von der Polizei des Begehens einer Straftat beschuldigt. Wird die Kerngruppe der 15- bis 17-jährigen Jugendlichen betrachtet, so gilt, dass 5637 Personen als Beschuldigte einer Straftat registriert wurden. Zwar liegt diese Zahl im Vergleich zu 2008 nur noch etwa halb so hoch (vgl. Baier 2019). Zugleich bedeutet dies, dass jährlich immerhin fast jeder 40. Jugendliche dieser Altersgruppe – männliche Jugendliche dabei häufiger als weibliche Jugendliche, ausländische Jugendliche häufiger als Schweizer Jugendliche – Kontakt mit dem System der formellen Sozialkontrolle hat. 3791 15- bis 17-Jährige wurden im Jahr 2018 für ein Vergehen oder Verbrechen nach den Artikeln des Strafgesetzbuches verurteilt; dies bedeutet, dass für zwei Drittel der Beschuldigten dieser Kontakt mit einer Verurteilung endet. Etwa jeder achte verurteilte Jugendliche wird strafrechtlich platziert, wobei die Platzierung in einem geschlossenen Setting in der Schweiz die Ausnahme darstellt. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob diese Erfahrungen die Identität eines jungen Menschen prägen, die Lebenschancen beeinflussen und gegebenenfalls auch zu einer Stigmatisierung führen können.

Labelingtheorie

Ein solcher Effekt der Stigmatisierung ist theoretisch bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert gut begründet worden. Die Labeling- oder Etikettierungstheorie beschäftigt sich insofern weniger mit der Frage, wie sich delinquentes Verhalten von Jugendlichen an sich erklären lässt; im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, wie gesellschaftliche Reaktionen auf dieses Verhalten ausfallen und dieses möglicherweise verfestigen. Zu unterscheiden ist zwischen primärer und sekundärer Devianz: Erstere bezeichnet die spontane Normverletzung, Letztere hingegen weitere Normverletzungen aufgrund der Etikettierung von delinquenten Jugendlichen. «Der – nur einmal und vielleicht zu Unrecht – einer kriminellen Handlung Verdächtige und so Etikettierte wird zum Kriminellen. Langfristig entwickelt er eine entsprechende Identität und handelt folgerichtig gemäss den an ihn herangetragenen Verhaltenserwartungen weiterhin abweichend» (Lamnek 1998, S. 390f.).

Die Wirkung der Etikettierung kann dabei unter-

schiedlich begründet werden (u.a. Schulte 2019). Einerseits wird, worauf die Rede von der «Identität» hinweist, davon ausgegangen, dass Kontakte mit Strafverfolgungsorganen das Selbstbild einer Person verändern. Als aversiv empfundene Erfahrungen mit der Polizei, der Anwaltschaft oder Richter*innen bestärken Jugendliche darin, subkulturelle, normabweichende Einstellungen und Werthaltungen aufrechtzuerhalten. Aus dem Label «Gesetzesbrecher*in» wird die Selbstdefinition, ein*e Gesetzesbrecher*in zu sein, was sich dann auch im zukünftigen Verhalten niederschlägt.

Kontakte mit Strafverfolgungsbehörden verändern das Selbstbild einer Person.

Andererseits haben diese Kontakte möglicherweise den Effekt, dass für gelingende Sozialisation wichtige Bindungen an bestimmte Akteure und Institutionen beschränkt werden. Wenn eine Sanktion beispielsweise zur Folge hat, dass die schulischen Leistungen nachlassen oder dass das Finden einer Ausbildungsstelle erschwert wird, dann kommt es zu einer Beschneidung von Entwicklungsoptionen. Mit Bezug auf Jugendliche werden in diesem Zusammenhang insbesondere die Beziehungen zu delinquenten bzw. nicht delinquenten Gleichaltrigen betrachtet. Eine Sanktionierung kann in dieser Hinsicht mit einer Exklusion einhergehen: Delinquenten Jugendlichen wird durch die Stigmatisierung erschwert, Freundschaften zu nicht delinquenten Jugendlichen aufzubauen. Dieser Selektionseffekt – in der Kriminologie auch mit «birds of a feather flock together» umschrieben – hat zur Folge, dass das soziale Umfeld homogener wird, Differenzerfahrungen fehlen und eine noch stärkere Integration in ein subkulturelles Milieu erfolgt.

Empirische Befunde

Eine Überprüfung dieser theoretischen Annahmen hat kürzlich Schulte (2019) anhand einer umfassenden Längsschnittstudie in Deutschland vorgenommen, in der Jugendliche in Duisburg ab dem 13. Lebensjahr ein

Jahrzehnt begleitet wurden. Untersucht wurde der Einfluss formeller Sanktionen auf die weitere Entwicklung, wobei sowohl rechtskräftige Verurteilungen als auch Polizei- und Justizkontakte berücksichtigt wurden, die im Rahmen einer Diversion¹ eingestellt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass «Kontakt zu Polizei und Justiz [...] zu einer stärkeren Bindung an delinquente Peergruppen führen kann» (S. 457). Für diese Bindungen an delinquente Peers kann wiederum gezeigt werden, dass sie kriminelles (bzw. gewalttätiges) Verhalten vorhersagen. Neben dem Einfluss auf das Bindungsverhalten hat sich in den Analysen zudem ein Effekt auf die Einstellungsebene gezeigt: «Durch das Zusammentreffen mit den Strafverfolgungsbehörden wurden delinquente Einstellungsmuster auch direkt [...] verstärkt» (S. 458). Es werden also beide Annahmen des Labelingansatzes – die negative Beeinflussung der Identität ebenso wie die negative Beeinflussung sozialer Bindungen (hier: von Freundschaftsnetzwerken) – bestätigt. Für die abschreckende Wirkung des Kontakts mit Kontrollorganen konnten hingegen keine empirischen Belege gesammelt werden. Dies bedeutet letztlich, dass «es den Be-

hörden [...] auch bei einer informellen Verfahrenserledigung nur schwer möglich [ist], das Stigma zu vermeiden» (S. 459). Auch weitere Studien aus Deutschland bestätigen diesen Befund. «Kontrollerfahrungen [...] scheinen nicht nur Ausgrenzungsprozesse vom Arbeitsmarkt zu befördern, sondern auch [...] kriminalisierbares Verhalten zu stabilisieren oder gar zu steigern» (Schumann 2010, S. 254).

Allerdings ist die Perspektive der schädlichen, da stigmatisierenden Wirkung von Kontrolle und Strafe nur eine, zweifellos wichtige, Seite der Medaille, die fokussiert, warum delinquente Menschen rückfällig werden. Allein ein Blick in die Rückfallstatistiken sollte aber dazu Anlass geben, Strafen nicht nur aus dieser Perspektive zu betrachten. Die aktuell zur Verfügung stehende Rückfallstatistik der Schweiz belegt beispielsweise, dass nur 39 Prozent der wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen das Strafgesetzbuch Verurteilten innerhalb eines Zeitraums von neun Jahren wieder verurteilt werden (Bundesamt für Statistik 2015). Zwar stimmt es, dass jüngere Personen eine höhere Rückfallwahrscheinlichkeit haben, die negativen Wirkungen des Strafens damit Jugendliche besonders treffen. Aber auch für diese Altersgruppe gilt, dass viele junge Menschen trotz erfahrener Sanktion zurück ins Leben finden. Oder wie Boers und Krawinkel (2016) auf Basis einer qualitativen Studie folgern: «Insgesamt hat der Strafvollzug bei allen Probanden einen zu Beginn des Erwachsenenalters einsetzenden Ausstieg aus der vorherigen wiederholten und schweren Delinquenz nicht behindert» (S. 108). Von Stigmatisierungen beispielsweise bei der Jobsuche berichtete keine interviewte Person in dieser Studie. Stattdessen werden teilweise positive Erlebnisse berichtet (Beginn einer Ausbildung im Vollzug; abschreckende Wirkung des Vollzugs).

Dementsprechend widmet sich die aktuelle Forschung zunehmend den Fragen, welche Faktoren dazu beitragen, dass junge (aber ebenso ältere) Menschen aufhören, delinquent zu sein (sogenannte Desistance-Forschung), und inwieweit Strafen hierbei eine Rolle spielen. Dabei gibt es auch in der Desistance-Forschung zwei Überlegungen dazu, was passieren muss, damit Menschen aus der Kriminalität aussteigen. Sampson und Laub (2003) betonen vor allem die Veränderungen in den sozialen Beziehungen, die mit einer veränderten informellen Sozialkontrolle einhergehen und die zum Beispiel durch den Beginn einer Ausbildung oder die Familiengründung entstehen. Andere Autor*innen gehen hingegen davon aus, dass sich erst die Identität ändern muss und damit das Selbstbild eines Menschen, damit ein Ausstieg aus der Kriminalität gelingen kann. Boers und Krawinkel (2016) kommen zu dem Schluss: «Der alleinige Entschluss zur Konformität ist als Basis eines dauerhaften Delinquenzabbruchs offensichtlich nicht ausreichend. Er muss strukturell durch den Aufbau oder die Reaktivierung konformer sozialer Bindungen untermauert werden» (S. 107). Der Aufbau eines kon-



formen Selbstbilds folgt also möglicherweise auf strukturelle Wendepunkte und nicht umgekehrt, da das aufgrund der Veränderungen Erreichte nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden soll.

Schlussfolgerungen

Obwohl die vorhandenen empirischen Befunde meist in Deutschland erarbeitet wurden, lassen sie sich sicherlich auch auf die Schweiz übertragen. Aus diesem Grund dürfte einerseits ebenso in der Schweiz gelten, dass formelle Kontrollkontakte Prozesse der Stigmatisierung in Gang setzen und damit die Identität gerade junger Menschen stark prägen können. Dies impliziert mindestens zweierlei: Erstens müssen die Akteure der Strafverfolgung um diese Wirkung auf die Entwicklung von Jugendlichen wissen. Vor dem Hintergrund des die Bedürfnisse junger Straftäter*innen in den Mittelpunkt stellenden schweizerischen Jugendstrafrechts (Stichwort: Erziehung kommt vor Strafe) kann davon ausgegangen werden, dass diese Wissensbestände verbreitet sind. Zweitens sollte das Handeln dieser Akteure stets den Grundsätzen der prozeduralen Gerechtigkeit folgen. Dieser Ansatz impliziert, dass, wenn (junge) Menschen das Handeln von Autoritätspersonen als fair und gerecht empfinden, sie eher bereit sind, die geltenden Regeln zu akzeptieren und zu befolgen, und entsprechend seltener eine normabweichende Identität aufbauen. Entscheidend ist also, dass

die Autoritätspersonen sich selbst an die Regeln halten, ihr Handeln verständlich erklären und mit ihrem Gegenüber respektvoll und fair umgehen (Pfeiffer 2019, S. 131). Stigmatisierungen mit all den negativen Konsequenzen für die Identitätsbildung sollten, wenn diesen Grundsätzen gefolgt wird, seltener das Ergebnis des Kontakts mit formellen Kontrollorganen sein, eines Kontakts, der sich im Übrigen wohl nie ganz vermeiden lassen wird, insofern Kriminalität Teil einer jeden Gesellschaft und vor allem auch Teil des Aufwachsens ist.

Andererseits sprechen die Befunde dafür, dass formelle Kontrolle und Strafe nicht per se und für alle Jugendlichen stigmatisierend wirken. Viele Jugendliche werden auch trotz einer Verurteilung keine Identität als «Abweichler*in» oder «Outlaw» ausbilden und deshalb auch nicht rückfällig werden. Für bestimmte Jugendliche kann solch eine Intervention unter bestimmten Bedingungen sicherlich auch entwicklungsförderlich sein. Freilich ist damit noch nicht die Frage beantwortet, um welche Jugendlichen und welche Bedingungen es sich konkret handelt. Weitere Studien zur individuellen Wirkung und Verarbeitung von Strafen sowie zu den Auslösefaktoren von Desistance-Prozessen sind daher unbedingt notwendig.

Möglicherweise sind es mittlerweile weniger die Interventionen von Polizei und Gerichten, die die Identitätsbildung jugendlicher Straftäter*innen stark beeinflussen, als vielmehr die mediale Berichterstattung hierüber. Auch wenn der sogenannte Carlos/Brian-Fall sicherlich in vielfältiger Hinsicht einzigartig ist, so zeigt er doch paradigmatisch auf, wie ein individuell gestaltetes pädagogisches Setting, das versucht hatte, Stigmatisierung zu vermeiden und positive Identitätsbildungsprozesse anzustossen, aufgrund der medialen Bearbeitung und des daraufhin einsetzenden öffentlichen Drucks abgebrochen werden musste, mit fatalen Folgen für die Entwicklung eines jungen Menschen. Die Medien, die es vermögen, die Bevölkerung (aber ebenso die politischen Entscheidungsträger*innen) sehr schnell zu erregen und in ihren Forderungen und Entscheidungen zu prägen, sind zu einem mächtigen Stigmatisierungsakteur geworden. Deren Wirken gilt es zukünftig noch stärker kritisch zu hinterfragen. •



**2018 wurden
in der Schweiz**

5637 15- bis 17-Jährige
einer Straftat beschuldigt.

2/3 dieser Beschuldigten
wurden verurteilt.

1/8 der Verurteilten wurde
strafrechtlich platziert.

Literatur

- Baier, D. (2019). Jugendkriminalität in der Schweiz. Entwicklung und Einflussfaktoren. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 30, S. 214–223
- Boers, K., Krawinkel, K. (2016). Intensivtäterschaft und Delinquenzabbruch. Fortuntersuchung mit Probanden des zügigen Strafverfahrens für Mehrfach- und Intensivtäter in Münster. Münster. Waxmann Verlag
- Bundesamt für Statistik (2015). Strafurteilsstatistik 1984–2014. Langzeitbeobachtung des Rückfalls eines Schweizer Geburtenjahrgangs
- Lamnek, S. (1998): Kriminalität. In: Schäfers, B., und Zapf, W. (Hrsg.). Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen. Leske und Budrich. S. 382–393
- Pfeiffer, C. (2019). Gegen die Gewalt. Warum Liebe und Gerechtigkeit unsere besten Waffen sind. München. Kösel
- Sampson, R.J., Laub, J.H. (2003). Shared Beginnings, Divergent Lives: Delinquent Boys to Age 70. Harvard. University Press
- Schulte, P. (2019). Formelle Kontrolle und Delinquenz. In K. Boers, J. Reinecke (Hrsg.). Delinquenz im Altersverlauf. Erkenntnisse der Langzeitstudie Kriminalität in der modernen Stadt. Münster. Waxmann, S. 431–464
- Schumann, K.F. (2010). Jugenddelinquenz im Lebensverlauf. In: Dollinger, B., Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.). Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. Wiesbaden. VS Verlag, S. 243–258

Fussnote

- 1 Diversion (wörtl. «Umleitung») beinhaltet im deutschen Jugendstrafrecht die Möglichkeit, eine*n jugendliche*n Straftäter*in um ein volles Jugendstrafverfahren «umzuleiten» und damit insbesondere die Hauptverhandlung und eine frühzeitige Stigmatisierung zu vermeiden. Es gibt verschiedene Formen der Diversion, die von einem völligen Reaktionsverzicht bis hin zum Verzicht unter spezifischen Auflagen reichen.